

Krieg im Jemen

Weg in die Unabhängigkeit

Nach einer wechselvollen Geschichte der Unterdrückung durch Türken, koloniale Besetzung durch die Briten und teilweise Selbständigkeit als „Königreich Jemen“ führten die Unabhängigkeitsbewegungen der 1960er Jahre auf dem heutigen jemenitischen Gebiet zur Herausbildung von zwei Staaten: Im Norden proklamierten nationalistische, sunnitische Offiziere 1962 die „Jemenitische Arabische Republik“, im Süden kämpfte die „Nationale Befreiungsfront“ gegen die britische Kolonialmacht und rief nach deren Rückzug 1967 die „Sozialistische Volksrepublik Jemen“, ab 1970 „Demokratische Volksrepublik Jemen“ aus. Beide bildeten ab 1990 gemeinsam den aktuellen Staat Jemen. Ali Abdullah Salih, der bereits seit 1978 die Macht im Norden innehatte, wurde dann auch erster gesamtjemenitischer Präsident. Dessen sunnitisch-wahabitische orientierte Regierung mit engen Kontakten zu Saudi Arabien galt als korrupt. Die Öleinnahmen, die einen Großteil des Haushalts ausmachten, wurden größtenteils für die Bedienung der eigenen Klientel und nicht für die Bewältigung von sozialen Problemen eingesetzt. Jemen blieb eines der ärmsten Länder der Welt.

Bürgerkrieg 1994

Die Situation verschärfte sich vor allem im Süden, als die Staatseinnahmen in den 90er Jahren mit sinkendem Ölpreis zurückgingen, das Bevölkerungswachstum aber extrem schnell zunahm. Dies führte 1994 zu einem Bürgerkrieg, weil vor allem die sozialistischen Kräfte im benachteiligten Süden wieder eine Abspaltung von der Regierung im Norden anstrebten. Dieser Aufstand wurde zunächst niedergeschlagen und die Opposition durch die Regierung Salih noch autoritärer unterdrückt.

Vorbereitung des Arabischen Frühling

Damit wurden aber die sozialen Probleme nicht behoben:

- Die Südjemeniten beklagten weiter, von den Öleinnahmen ausgeschlossen zu werden, obwohl die meisten Ölfelder im Süden liegen. 2009 nahmen Massenproteste und Aktionen zivilen Ungehorsams, teilweise auch bewaffnete Auseinandersetzungen wieder zu.
- Auch in nördlichen Landesteilen kam es seit 2004 zu überwiegend bewaffneten Konflikten. Sie wurden getragen von der schiitisch-zaidistischen Huthi-Bewegung, die durch die Zentralregierung ebenfalls politisch, ökonomisch sowie religiös ausgegrenzt wurde. Vor allem intensive, von Saudi Arabien ausgehende sunnitische Missionierungsversuche riefen Widerstand hervor, der vom Iran schon damals verbal unterstützt wurde. Nachdem die Regierungstruppen immer wieder schiitische Heiligtümer, Moscheen und Schulen zerstört hatten, eskalieren diese Kämpfe ab 2009 und griffen auch auf benachbarte saudische überwiegend von Schiiten bevölkerte Regionen über.
- Diese Auseinandersetzungen wurden ab 2006 zu einem Nährboden für Aktivitäten islamistischer Gruppen, die teilweise Al-Kaida und dem konkurrierenden IS zugerechnet werden müssen. Ihre tatsächliche Bedeutung kann nur schwer abgeschätzt werden, da von allen Seiten nur interessegebunden gefärbte Aussagen existieren. Um westliche Militärhilfe für militärische Unterdrückungsoperationen zu erhalten, nannte beispielsweise die jemenitische Zentralregierung 2009 eine Zahl von 1000 Al-Kaida-Kämpfern, als der CIA noch von weniger als 200 ausging.

Insgesamt führte Salih bis 2010 sechs hauptsächlich nicht gegen Islamisten, sondern gegen Huthis gerichtete militärische Operationen aus. Eine dieser Maßnahmen im Jahr 2010 nannte er bezeichnenderweise „Operation verbrannte Erde“: „Sie haben uns dazu gezwungen, Gewalt anzuwenden. Wir werden sämtliche Waffen kaufen, die benötigt werden, statt Schulen zu bauen; wir werden befestigte militärische Posten errichten, um sie aus ihren Verstecken zu locken und sie in ihren Tälern zu treffen.“¹

Auch im Süden nahm die Sezessionsbewegung im Jahr 2010 wieder zu. Außer von der Sozialistischen Partei aus der ehemaligen Volksrepublik Jemen wurde sie getragen von einem Sammelsurium neu gebildeter politischer Gruppen, deren Ziele von der gleichberechtigten Staatsbürgerschaft bis hin zur schnellen Sezession reichten. Auch hier wurden die Proteste in zahlreichen Städten gewaltsam aufgelöst und die Bewegung sollte dann durch eine Militäroffensive mit Kampfhubschraubern und Bodentruppen im Keim erstickt werden. Sie begann unmittelbar nach dem Besuch des US-Sicherheitsberaters und „Terrorismusexperten“ John Brennan am 21. September 2010 und richtete sich vorgeblich gegen 60-80 Kämpfer der Al-Kaida Gruppe „Arabische Halbinsel“. Sie führte zu mehreren Dutzend Toten, die von der Regierung allesamt als Mitglieder der Al-Kaida bezeichnet wurden, etwa 40 Verhaftungen und etwa 15.000 Flüchtlingen. Ein Bericht von Amnesty International beschreibt genauer, wie die jemenitische Regierung unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung das Militär zur Bekämpfung der Aufstände sowohl im Norden als auch im Süden einsetzte und die Presse im Sinne einer regierungsfreundlichen Berichterstattung zensierte.

Andererseits geriet die Regierung Salih auch in Gegensatz zu Saudi-Arabien, als er saudische Pläne für eine Pipeline von Saudi-Arabien bis in die jemenitische Hafenstadt Al Mukalla am Golf von Aden ablehnte, weil sie vollständig unter saudischer Regie erbaut, geführt und auch geschützt werden sollte, um unabhängig vom Iran Erdöl exportieren zu können.

Sturz der Regierung Salih 2011

Als letzter Auslöser für die Erscheinungen des „arabischen Frühlings“ im Jemen gilt eine von Präsident Salih vorgelegte Verfassungsänderung, die ihm das Amt auf Lebenszeit garantieren sollte. 2011 wurden zahlreiche Protestdemonstrationen durchgeführt. Sie wurden gewaltsam unterdrückt, wobei nach Oppositionsangaben mehr als 860 Menschen ihr Leben verloren. Dennoch musste Präsident Ali Abdullah Salih am 23. November 2011 ein Rücktrittsabkommen unterzeichnen. Nach seinem Sturz wechselte er die Seiten und unterstützte die einst gegnerischen Gruppen der Huthis mit Geld und Waffen, um seinen eigenen Ziele wieder näher zu kommen.

Aufstieg und Rücktritt Hadis

Neuer Präsident wurde 2012 der von den Saudis und auch von den USA gestützte bisherige Vizepräsident Abed Rabbo Mansur Hadi, der als einziger kandidiert hatte. Er setzte die Innenpolitik seines Vorgängers fort und setzte ebenfalls auf militärische Unterdrückung statt auf die Lösung der sozialen Probleme im Innern.

Die internen Kämpfe zwischen den verschiedenen Gruppierungen setzten sich deshalb fort. Erst 2015 zeichnete sich laut dem UN-Sondergesandten für den Jemen, Jamal Benomar, eine Einigung ab, an der zwölf rivalisierenden Gruppen inklusive der Huthis teil hatten. Sie umfasste eine gewisse Machtübergabe des von Saudi Arabien gestützten Präsidenten Hadi, aber auch den Rückzug der Huthis

¹ Yemeni leader vows to crush rebels, The National, 19.01.2010:

<http://www.thenational.ae/apps/pbcs.dll/article?AID=/20090820/FOREIGN/708199846/1135>

aus den eroberten Gebieten bei gleichzeitigem Erhalt von 20% der Parlamentssitze für die Huthis. Ebenso sollte es einen gesetzlich verankerten Frauenanteil von jeweils 30 im Parlament sowie im Kabinett geben.

Luftangriffe durch die Saudisch geführte Koalition

Dieser Kompromiss war nicht im Sinne Saudi-Arabiens. Es begann daraufhin mit einer Gruppe von Verbündeten eine Militäroffensive im Jemen mit Luftangriffen gegen Stellungen der schiitischen Huthi-Miliz. Offizielle Ziele: Volle Machtausübung des Präsidenten Abed Rabbo Mansour Hadi, Sieg über die Huthis und die Eindämmung des iranischen Einflusses im Jemen.

Nach einem Beitrag des „Ron Paul Institutes for Peace and Prosperity“ waren kurze Zeit später 3000 Soldaten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, 1000 aus Saudi Arabien, 1000 aus Katar, 6000 von Saudi Arabien trainierte „Expatriierte“ („expats“) und 600 bis 800 Soldaten aus Ägypten, Bahrein, Kuwait und Jordanien im Einsatz. Außerdem kämpften auch Söldner des privaten US-amerikanischen Militärunternehmens Academi – früher Blackwater- im Auftrag der Vereinigten Arabischen Emirate gegen die Huthis.

Selbst nachdem diese im Oktober 2015 eine Resolution des UN Sicherheitsrats zur Beendigung des Konflikts akzeptiert hatten, wurden die Luftangriffe fortgesetzt. Bombardiert wurden u. a. zwei Kliniken der Ärzte ohne Grenzen, obwohl die Organisation der saudi-arabischen Koalition regelmäßig ihre GPS Koordinaten mitgeteilt hatte. Unversehrt blieb dagegen zumindest bis 2016 die Region Hadramaut, durch welche die von den Saudis geplante Pipeline laufen sollte. Vor allem hier etablierten sich im Laufe der Kämpfe auch militante Gruppen der Al Kaida und des IS, die von Saudi-Arabien ausgerüstet wurden.

2016 begann die saudisch geführte Koalition dann zusätzlich mit einer Blockade jemenitischer Häfen. Nach einem Jahr Krieg waren mehr als 23.000 Menschen verletzt oder getötet und etwa 2,5 Millionen vertrieben, etwa 85% der 27 Millionen Einwohner hatten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, medizinischer Versorgung und ausreichender Nahrung.

Eskalation durch Einmischung der USA

Diese Auseinandersetzungen berührten trotz der Armut des Landes von Anfang an internationale strategische Interessen: seine Lage auf der ölreichen arabischen Halbinsel und am Golf von Aden, durch den große Teile der weltweiten Handels- und Tankerschiffahrt gehen, brachten die USA auf den Plan. Schon seit 2001 beteiligten sich U.S.-Spezialtruppen, Kampfflugzeuge und Killerdrohnen an der Bekämpfung von Regierungsgegnern.

2009 erhob dann eine US-Denkfabrik die Stabilität Jemens in den Rang eines „vitalen nationalen Interesses.“ Befürchtet wurde und verhindert werden sollte ein Übergreifen der politischen Instabilität auf den hauptsächlichen Öllieferanten für den Westen Saudi-Arabien, eine Schwächung der mit Saudi-Arabien verbundenen jemenitischen Zentralregierung durch eine Sezession des Südens und eine Stärkung des Irans. Angestrebt wurde außerdem eine direktere Kontrolle der östlichen Seite des Golfs von Aden. 2009 wurde der Jemen deshalb zu einem zentralen Schauplatz im „Krieg gegen den Terror“ deklariert und entsprechend militarisiert:

- 2009 wurde die bescheidene US-Entwicklungshilfe für den Jemen von ca. 70 Mio. Dollar auf 120 Mio. aufgestockt und zum größten Teil im Sicherheitssektor angelegt, also für das Training von Militär, Polizei und Küstenwache.

- Die Zahl der Drohnenangriffe im Jemen, die sich vorgeblich gegen Al-Kaida richteten, wurde deutlich erhöht. Schon eine Studie von Human Rights Watch (HRW) aus dem Jahr 2013 stellte fest, dass dabei in klarer Verletzung des Kriegsrechts willkürlich eine große Zahl von Zivilisten getötet wurde. Die US-Drohnenangriffe waren damit nicht nur völkerrechtswidrig, sondern haben auch Al Qaida nicht geschwächt, sondern zu einem Zulauf von neuen Anhängern geführt. Trotzdem wurden sie 2017 unmittelbar nach Trumps Amtsantritt noch weiter intensiviert.
- 2015 sind USA in ihrer Unterstützung der saudischen Intervention im Jemen noch einen Schritt weitergegangen, indem sie bei der Zielerfassung halfen: Nach Aussagen des saudischen Außenministers Adel al Jubeir, arbeiten britische und US-amerikanische Militärangehörige in der Kommando- und Kontrollzentrale für die saudischen Luftangriffe auf Jemen. Außerdem übernahm die US Airforce auch die Wiederbetankung von Kampffliegern der Koalition. Gleichzeitig verkauften us-amerikanische Firmen Streubomben an Saudi-Arabien, die von saudischen Kampffliegern über zivilen Wohngebieten abgeworfen wurden.
- 2016 haben die USA erstmals direkt in den Krieg eingegriffen und mit einem Raketenangriff drei Radarstellungen der Huthi-Rebellen zerstört.

Die Beteiligung Deutschlands

Zur Sicherung der eigenen wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen beteiligt sich auch die Bundesregierung am Desaster auf der Arabischen Halbinsel. Hätte die Bundesregierung ein Interesse an erfolgreichen Friedensverhandlungen im Jemen, so würde sie die militärische Zusammenarbeit mit Saudi Arabien nicht ausweiten, die ausstehenden Rüstungslieferungen stoppen, das Königreich dazu drängen, die See-, Luft- und Landblockade unverzüglich aufzuheben sowie UN-Untersuchungen zu den von beiden Seiten begangenen Kriegsverbrechen zuzulassen. Stattdessen greift sie seit Jahren einseitig ein:

1. Militärhilfe für die jemenitische Zentralregierung

Schon seit 2005 wurde die jemenitische Küstenwache in gemeinsame Manöver mit der deutschen Bundesmarine eingebunden. Außerdem koordiniert eine technische Beratergruppe der Bundeswehr seit Jahren die „Ausstattungshilfe“ des deutschen Verteidigungsministeriums für die jemenitischen Streitkräfte, obwohl diese im Innern zur Repression eingesetzt werden.

2. Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien

Vor allem aber wird der Konflikt mit Rüstungslieferungen an und Rüstungslizenzen für den Hauptaggressor Saudi-Arabien weiter geschürt: Die Exporte von Kriegsgerät erreichten in den vergangenen 10 Jahren (2008 bis 1. Halbjahr 2017) einen Wert von über 3,34 Mrd. Euro.

- Seit 2008 darf Saudi-Arabien mit deutscher Lizenz G3 und G36 Gewehre der Firma Heckler&Koch herstellen, muss dazu allerdings weiter einige ausschlaggebende Komponenten importieren. Der Lizenzvertrag beschränkt die Nutzung der produzierten Sturmgewehre zwar auf die Streitkräfte Saudi Arabiens, in der Praxis kann dies aber nicht kontrolliert werden. Nach Berichten der „Süddeutschen Zeitung“ warfen saudische Militärflugzeuge im April 2015 G36-Gewehre ohne notwendige Genehmigung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

über dem Flughafen von Aden ab, um Stammesmilizen im Kampf gegen die Huthi damit zu unterstützen. Damit sind deutsche Waffen auch im Jemen im Einsatz.

- Zwar ließ die Bundesregierung 2015 nach Beginn des Luftkrieges die geplante Lieferung von 200 Leopard-2 Panzern und den Export von Schlüsselkomponenten des Sturmgewehrs G36 an Saudi-Arabien stornieren. Trotzdem wurden letztendlich im Jahr 2015 dann doch Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von 270 Millionen Euro, im Jahr 2016 sogar im Wert von 570 Millionen an Saudi-Arabien genehmigt, darunter Kampfhubschrauber und Transportflugzeuge, Kampffliegerkomponenten, Patrouillenboote, Geländefahrzeuge, Zieldarstellungsdrohnen und Munition.
- Außerdem werden Rüstungsexportbeschränkungen direkt umgangen, indem Zulieferungen von Teilkomponenten in andere EU-Staaten wie Frankreich oder Spanien geliefert, dort in die Endprodukte integriert und von dort aus mit z.B. französischer Ausfuhrgenehmigung nach Saudi Arabien exportiert. So fanden 41.644 Artilleriemultifunktionszünder der württembergischen Firma Junghans Microtec über Frankreich den Weg nach Saudi-Arabien.
- Abgesehen von der G36-Fabrik errichtete Saudi Arabien 2016 gemeinsam mit dem südafrikanischen Unternehmen Rheinmetall Denel Munition, welches zu 51% dem Düsseldorfer Konzern Rheinmetall gehört, eine Munitionsfabrik im Wert von 240 Millionen US\$. Dort können seither täglich bis zu 300 Artilleriegranaten oder 600 Mörsergranaten hergestellt werden – ohne in die deutsche Rüstungsexportstatistik einzufließen.
- Aus der Luft bombardiert Saudi-Arabien Ziele im Jemen u.a. mit Kampfflugzeugen des Typs „Panavia Tornado“ und „Eurofighter Typhoon“. Der Eurofighter ist ein deutsch-britisch-italienisch-spanisches Gemeinschaftsprojekt. 72 davon wurden in den britischen BAE-Werken für Saudi-Arabien gebaut und ausgeliefert, deutsche Firmen lieferten dafür Einzelteile und sorgen jetzt für Ersatzteile. Auch der Tornado ist ein Gemeinschaftsprojekt von Italien, Deutschland und Großbritannien. 84 davon wurden von Großbritannien an Saudi-Arabien als einzigem Export-Abnehmer geliefert, Bauteile stammten wiederum aus Deutschland.

3. Schulungsverträge für die exportierten Kriegsgeräte

Unterstützt wird der Rüstungsexport durch die entsprechende Schulung. So schulten drei „einsatzerfahrene“ Bundeswehrosoldaten das saudische Militär in der Bedienung der von Deutschland gelieferten Aufklärungsdrohne LUNA für ein Grenzüberwachungssystem. Gleichzeitig schult die Bundespolizei seit 2009 auch saudische Grenzpolizisten im Umgang mit einem 2 Milliarden Euro teuren High-Tech-Überwachungssystem von EADS, heute Airbus, aus Grenzzäunen, Sensoren, Radaren und Kameras. An der 9.000 Kilometer langen Grenze sollen nicht nur Schmuggel, sondern auch „unkontrollierte“ Migrations- und Flüchtlingsbewegungen verhindert werden.

4. Wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit

Überdies wird die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien intensiviert: Am 30. April 2017 besuchte Bundeskanzlerin Merkel mit Vorstandschefs von Bilfinger, Siemens, Herrenknecht, der Deutschen Bahn und Lufthansa das Königreich Saudi Arabien. Dabei erklärte sie das Land,

das gleichzeitig islamistische Gruppen in Syrien und im Jemen unterstützte², zum „Partner im Kampf gegen den Terror“ und legitimierte so eine profitversprechende Ausweitung der militärischen, polizeilichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Seither ist die Bundeswehr an der Ausbildung saudischer Militärs beteiligt und die Polizei am Aufbau eines intensiven Grenzschutzsystems von EADS, welches Grenzübertritte an der 9000 m langen Grenze zum Jemen verhindern soll.

Friedensprozess durch die UN?

Diese militärische und politische Rückendeckung, die Saudi Arabien trotz wiederholter Kriegsverbrechen von wichtigen Akteuren wie den USA aber auch Deutschland für seinen Krieg gegen den Jemen erhält, blockiert die Friedensverhandlungen der UN, weil das Königreich sich nicht zu Kompromissen gezwungen sieht.

Situation 2018

Unter der Führung von Saudi-Arabien hat eine Koalition aus acht weiteren arabischen Staaten in innersyrische Konflikte eingegriffen, um ihre eigenen und stellvertretend auch us-amerikanische Interessen durchzusetzen. Sie führen seit drei Jahren einen erbarmungslosen Luftkrieg. Den modernen saudischen Waffensystemen, überwiegend made in USA oder made in Europe, sind nach Angaben der [Vereinten Nationen](#) nachweislich Hunderte Zivilisten zum Opfer gefallen. Ein Drittel der 16.305 Bombeneinsätze (Stand Februar 2018) galt dabei einem zivilen Ziel: 1.491 Mal wurden Wohngebiete bombardiert. Zerstört wurden auch 212 Schulen, 57 Fabriken mit den wenigen Produktionsorten der heimischen Nahrungsmittelindustrie, Elektrizitätswerke, Warenhäuser und Landwirtschaftsbetriebe. Gleichzeitig blockiert Saudi-Arabien mit einer See- und Landblockade die Lieferung von dringend benötigten Wirtschafts- und Hilfsgütern nach Jemen und versperrt die Flucht der Menschen vor der desaströsen Situation, die von UN-Nothilfekoordinator Mark Lowcock als „die schlimmste humanitäre Katastrophe der letzten 50 Jahre“ bezeichnet wurde: 8.4 Mio. Menschen stehen kurz vor dem Verhungern und 17 Mio. leiden Hunger, 22 Mio. brauchen humanitäre Hilfe zum



Überleben. – die Zahl derjenigen, die humanitäre Hilfe benötigen, ist auf 22.1 Mio. gestiegen. Über 1 Mio. leiden an der bisher größten Choleraepidemie aller Zeiten, auch die Diphtherie verbreitet sich unter der hungernden Bevölkerung schnell. Alle zehn Minuten stirbt im Jemen ein Kind an den Folgen des Krieges und den damit einhergehenden vermeidbaren Krankheiten.

*unterernährten Kindes in einem Krankenhaus (1.10.2018)
Foto: Mohammed Mohammed/XinHua/dpa*

² Sie hatten z.B. zur islamistischen Partei al-Islah schon unter der Regierung Salih ein gutes klientelistisches Verhältnis und haben Mitte 2015 gemeinsam mit der islamistischen Islah-Partei den Hafen und die Umgebung von Aden erobert.

